Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 3/2022

22. März

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Das brutale Vorgehen Putins macht uns noch immer fassungslos: Immer öfter sind auch Wohngebäude, Kindergärten und Krankenhäuser das Ziel russischer Bombardements.
Putins Lüge von der „Befreiung" der Ukraine wird durch das Freiheitsstreben der Ukrainerinnen und Ukrainer entlarvt, die sich trotz der Bombardements der russischen Invasionsarmee mutig entgegenstellen. Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Und diese Solidarität wird auch von der EU gelebt: Alle Mitgliedstaaten haben sich bereit erklärt, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen.
Nicht die russische Bevölkerung, sondern Putin und seine Handlanger allein haben sich für diesen Krieg entschieden. Umso mehr stehen wir deshalb an der Seite aller mutigen Russinnen und Russen, die seit Wochen unter hoher Lebensgefahr gegen den Krieg auf die Straße gehen und ihren Protest offen zeigen. Vieles von dem, wofür wir seit Jahrzehnten gearbeitet haben, wie Abrüstung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen, ist durch Putins Krieg zerstört worden. Gleichwohl müssen und werden wir alles dafür tun, um einen Raum für Diplomatie zu schaffen. Wir brauchen einen sofortigen, international überwachten Waffenstillstand und die Einrichtung humanitärer Korridore. Ziel muss ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen sein.
Die hohen Energiepreise bereiten vielen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin große Sorgen. Putins Krieg in der Ukraine lässt sie noch weiter ansteigen. Vor allem Geringverdienerinnen und– Verdiener haben mit den hohen Kosten zu kämpfen. Heizen, Strom und Mobilität müssen für jeden bezahlbar sein. Dabei wollen wir gezielte Hilfen und die hohen Energiepreise auch sozial abfedern. Deswegen haben wir einen einmaligen Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende, Studierende sowie Schülerinnen und Schüler beschlossen. Darüber hinaus haben wir in erster Lesung über die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 beraten. Um hohen Gaspreisen künftig besser entgegenzuwirken und eine stabile Gasversorgung zu sichern, haben die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Betreiber von Gasspeichern zur regelmäßigen Befüllung verpflichten soll. Perspektivisch müssen wir aber von russischen Energielieferungen unabhängiger werden. Deshalb treiben wir den Bau von LNG-Terminals in Deutschland voran und beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren Energien.
Corona ist noch nicht überwunden. Wir wollen das Pandemiegeschehen unter Kontrolle halten und – wenn nötig – lokal angemessen reagieren. Deshalb haben wir das Infektionsschutzgesetz geändert. Zu diesem Thema habe ich eine persönliche Erklärung abgegeben, die findet Ihr auf Seite 2. Und nur wenn wir uns impfen lassen, werden wir das Virus in die Knie zwingen. Gerade mit Blick auf den Herbst müssen wir uns gut vorbereiten. In dieser Woche beginnen wir deshalb mit den Beratungen über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht.
Eine besondere Ehre war es für mir dabei zu sein, als Gabriele Lösekrug-Möller das Bundesverdienstkreuz überreicht bekommen hat. (mehr auf Seite 3)

Viel Spaß beim Lesen des Newsletter.

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Persönlicher Erklärung zum Infektionsschutzgesetz
Seite 3 — Bundesverdienstkreuz für Lömö
— Weltfrauentag in Hameln
Seite 4 — Girls Day 2022 in Berlin
— Besuch der Elisabeth-Selbert-Schule
Seite 5 — Besuch des Polizeikommissariats in Holzminden
— Besuch der REHASAN Fachklinik Weserland Bad Pyrmont
Seite 6 — Diskussionen zum Krieg in der Ukraine
Seite 7 — Wiederwahl als Leiter der Bundestagsdelegation bei der BSPC
Seite 8 — Themenüberblick Bundestag
Seite 9 — 100 Tage Ampel-Koalition
Seite 10 — 100 Tage Ampel-Koalition
Seite 11 — Statement zum Equal Pay Day

Ihr findet mich auch bei:

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG ZUM INFEKTIONSSCHUTZGESETZ

Die Pandemie entwickelt sich mit Rekord-Inzidenzen dynamisch und weist einen anhaltenden Aufwärtstrend auf. Deutschland verzeichnet in dieser Woche erstmals die höchsten Infektionszahlen innerhalb Europas.
Diese Infektionslage macht es für mich dringend notwendig, Infektionsschutzmaßnahmen weiterzuführen. Ohne gesetzgeberisches Handeln wären die bisherigen Infektionsschutzmaßnahmen zum 20.03.2022 automatisch ausgelaufen. Es wäre aus meiner Sicht sachgerecht gewesen, diese Maßnahmen zu verlängern, um die Kontinuität in der Pandemiebekämpfung sicherzustellen. Über ein solches Vorgehen konnte jedoch kein Einvernehmen erzielt werden.
Der Expertinnen– und Expertenrat der Bundesregierung hat in seiner 8. Stellungnahme mit Nachdruck für gesetzliche Rahmenbedingungen plädiert, die auch weiterhin ad hoc verfügbare Instrumente des Infektionsschutzes bereitstellen, um in den Ländern unverzüglich Infektionsschutzmaßnahmen umsetzen zu können. Die Sachverständigen der Öffentlichen Anhörung vom 14.03.2022 zum vorliegenden Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag haben davor gewarnt, die aktuelle Dynamik des Pandemiegeschehens auf die leichte Schulter zu nehmen. Die deutliche Mehrzahl hat sich dafür ausgesprochen, die bestehenden Möglichkeiten für die Länder, Infektionsschutzmaßnahmen zu ergreifen, nicht einzuschränken. Insbesondere wurde auf die Bedeutung der Maskenpflicht (z.B. in Innenräumen, wie dem Einzelhandel oder Schulen) und von Hygienekonzepten verwiesen. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen hat das Maske-Tragen eine hohe Wirksamkeit und stellt nur einen geringen Eingriff in die individuelle Freiheit dar.

Diesen Erkenntnissen hätten wir als SPD-Bundestagsfraktion gern vollumfänglich im Infektionsschutzgesetz Rechnung getragen.

Innerhalb der Koalition konnten wir uns mit dem vorliegenden Gesetzentwurf lediglich auf ein Mindestmaß an Basismaßnahmen zum Schutz vulnerabler Gruppen (z.B. in Pflegeeinrichtungen oder in Arztpraxen) verständigen. Darüber hinaus konnten wir jedoch sicherstellen, dass den Ländern mit der Hot-Spot-Regelung weiterhin ermöglicht wird, einem dynamischen Infektionsgeschehen gezielt zu begegnen. So kann ein Landtag bei Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage von dieser Regelung Gebrauch machen und strengere Maßnahmen wie weitergehende Maskenpflichten, ein Abstandsgebot von mindestens 1,5 Metern im öffentlichen Raum sowie 3G- und 2G-Zugangsbeschränkungen anordnen.
Dieser Kompromiss war notwendig, weil sonst die bestehende gesetzliche Grundlage für alle bisherigen Infektionsschutzmaßnahmen ersatzlos ausgelaufen wäre. Somit hätten die Länder überhaupt keine Maßnahmen mehr im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie zur Verfügung. Das hätte gravierende Folgewirkungen für die öffentliche Gesundheit und die Wirtschaftskraft unseres Landes.
Aus diesem Grund stimme ich dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf zu und gehe davon aus, dass die Länder bei Bedarf vollumfänglich von den Hot-Spot-Regelungen Gebrauch machen werden. Sollte die Infektionslage sich weiter verschlimmern, setze ich mich dafür ein und vertraue darauf, dass der Deutsche Bundestag schnell über eine erneute Novelle des Infektionsschutzgesetzes beraten wird.

DAS BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER

Ein ganz besondere Ehre wurde meine Vorgängerin, Gabriele Lösekrug-Möller, oder „Lömö“ am Freitag, den 04.03. zu Teil. Im Pavillon des Radiosenders „Radio-aktiv“ ist Gabriele das Bundesverdienstkreuz am Bande durch Bundespräsident Frank Walter Steinmeier verliehen und durch Oberbürgermeister Claudio Griese überreicht worden. Zahlreiche Wegbegleiter, Mitstreiter, Freunde und Familie haben sich zu dieser feierlichen Stunde eingefunden und fanden ausschließlich lobende Worte über Gabrieles Wirken. Neben „Lömö´s“ beeindruckender politischen Karriere wurde sie jedoch vor allem für ihr ehrenamtliches und gemeinnütziges Engagement ausgezeichnet. Gabriele hat sich nicht nur an verschiedenen Stationen in der Hamelner Tafel, der Berliner Stadtmission im Frauenhaus sowie dem Hospizverein Hameln eingesetzt. Sie machte sich insbesondere für Familien stark, die nach belastenden Ereignissen und Lebenssituationen Erholung in gemeinnützigen Familienferienstätten finden konnten. Für dieses vielfältige und besonders vielseitige ehrenamtliche Engagement hat das Land Niedersachsen Gabriele Lösekrug-Möller würdigen wollen. Ich gratuliere Gabriele ganz herzlich zu diesem besonderen Ereignis und wünsche ihr alles erdenklich Liebe und Gute.

WELTFRAUENTAG IN HAMELN

Bei strahlendem Sonnenschein haben die Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Hameln-Pyrmont in Hameln auf der Hochzeitshausterasse am 08. März den internationalen Frauentag begangen. Eindrucksvoll wurde auf die ungleichen Chancen von Frauen, auch in hochentwickelten Industrieländern hingewiesen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Altersarmut, Equal Pay Gap bei uns, aber auch die ungleichen Teilhabechancen von Frauen in Entwicklungsländern, waren das Thema.

Jeder und jede konnten ihre Wünsche an eine Wand hängen. Mein Statement dazu: „ Es braucht viel mehr Männer, um Gleichstellung endlich umzusetzen! Ich versuche, einer davon zu sein!“

Zum Abschluss bekamen alle Gleichstellungsbeauftragten ein kleines Dankeschön von Bürgermeisterin Karin Echtermann und mir in Form eines Blumenstraußes.

BEWIRB DICH JETZT FÜR DEN GIRLS DAY 2022 – ERLEBE POLITIK LIVE IN BERLIN

Am 28. April 2022 ist wieder Girls Day! Ein Tag extra für Mädchen, an dem sie Gelegenheit haben, Einblick in verschiedene Berufe zu nehmen. Bundesweit stehen ihnen die Türen von Unternehmen und Institutionen aus Industrie, Handwerk, Wissenschaft, Politik und Medien offen. Auch ich möchte an diesem Tag mein Berliner Abgeordnetenbüro für eine interessierte Schülerin aus dem Weserbergland öffnen. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat ein spannendes Programm zusammengestellt und eine Übernachtung in Berlin organisiert. Du bist zwischen 16-19 Jahre alt und möchtest mehr über die Arbeit als Abgeordneter im Bundestag erfahren? Bewirb dich ganz einfach bis zum 24. März mit einer E-Mail mit ein paar Worten zu Dir an johannes.schraps.wk@bundestag.de.

BESUCH DER ELISABETH-SELBERT-SCHULE IN HAMELN

Anfang März hat mich die 11. Klasse der Hamelner Elisabeth-Selbert-Schule eingeladen, um mit den Schülerinnen und Schülern über den Konflikt in der Ost-Ukraine zu sprechen. Nur wussten wir bei der Einladung durch die Schülerinnen und Schüler noch nicht, dass wir nicht mehr von einem Konflikt, sondern über einen barbarischen, erbarmungslosen und furchtbaren Angriffskrieg sprechen. Ein Krieg, der als schlimmster kriegerischer Akt auf europäischen Boden seit dem 2. Weltkrieg eingeordnet werden muss. Und ein Krieg, der die uns bekannte Friedensordnung des ganzen Kontinents aufs Spiel setzt und komplett durcheinander würfelt. Natürlich konnte auch ich etwas dazu sagen. Schließlich beschäftige ich mich seit vielen Jahren mit der Ukraine und Russland.

Am Ende war es trotz der bedrückenden und schlimmen Situation ein gutes, wichtiges und vor allem sehr ernstes, nachhaltiges Gespräch. Vielleicht wird uns dadurch wieder einmal mehr bewusst, dass Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind und wir dieses kostbare Gut viel mehr zu schätzen wissen sollten. Vielen Dank an die 11. Klasse der Elisabeth-Selbert-Schule für die Einladung und das große Interesse an dem Gespräch.

BESUCH DES POLIZEIKOMMISSARIATS IN HOLZMINDEN

Mit meinen Landtagskolleginnen– und Kollegen Sabine Tippelt, Karsten Becker und Uli Watermann haben wir in der ersten Märzhälfte das Polizeikommissariat in Holzminden besuchen dürfen.
Mit dabei war Jörg Wollenweber aus Grünenplan, der sich noch einmal ganz persönlich bei zwei Polizeibeamten für ihren Einsatz bedanken wollte. Sie hatten im September 2021 einen größeren Brand in Jörg Wollenwebers Sägewerk in Grünenplan vereiteln können.
Die aktuellen Herausforderungen der Polizei Holzminden waren zentrales Thema unseres Besuches.
Gerade auch neuere Entwicklungen von Veranstaltungen, wie etwa die „Montagsspaziergänge“, stellten die Beamtinnen und Beamten vor bisher unbekannte Schwierigkeiten. Oliver Busche, Polizeioberrat, betonte jedoch die gute Vernetzung und Kooperation verschiedener Institutionen. Insbesondere durch konkrete Absprachen werde gute Präventions- und Aufklärungsarbeit ermöglicht.

Auch die Präsenz der Polizeibeamtinnen– und Beamten in der Fläche sorge für ein steigendes Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und kennzeichne die ausgezeichnete Polizeiarbeit vor Ort.
Zum Thema Diversität berichtete Busche über sehr positive Entwicklungen gerade in den letzten Jahren. Erst kürzlich verzeichnete die Niedersächsische Polizeiakademie einen 50% Frauenanteil in den letzten Abschlussjahrgängen. In diesem Zusammenhang haben wir noch über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesprochen. Mit besseren Arbeitszeitmodellen, mobilerem Arbeiten und neuerer Technik am Arbeitsplatz möchte das Polizeikommissariat den Bedürfnissen der Beamtinnen und Beamten gerecht werden. Das sind wirklich tolle Signale an die Polizeibeamtinnen und Beamten aus Holzminden, die natürlich auf politischer Seite meine vollste Unterstützung bekommen.

BESUCH DER REHASAN FACHKLINIK WESERLAND BAD PYRMONT

Gemeinsam mit Uli Watermann habe ich mir auf Einladung des Geschäftsführers der REHASAN den Neubau der Rehaklinik Fachklinik Weserland Bad Pyrmontanschauen können. Die sehr moderne digitale Ausstattung der Klinik, sowie die modernen Zimmer im Hotelniveau haben mich absolut überzeugt.
Im Gespräch wurde aber auch klar, dass die Bauverzögerung durch Corona und die Baustoffknappheit bei so einem großen Projekt zu vielen Problemen führen. Wenn bald die ersten Gäste kommen, können sie sich glücklich schätzen in so einer Klinik in toller Landschaft gesund zu werden.

WIEDERWAHL ALS LEITER DER BUNDESTAGSDELEGATION BEI DER OSTSEE-PARLAMENTARIERKONFERENZ

Letzte Woche fand die konstituierende Sitzung der Delegation des Deutschen Bundestages bei der Ostseeparlamentarierkonferenz gewählt statt. Ich freue mich sehr über die Wahl und das mir entgegengebrachte Vertrauen. In den letzten Jahren haben wir viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht. Und in der aktuellen Situation ist internationale Zusammenarbeit wichtiger denn je. Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist eine der wenigen parlamentarischen Versammlungen in der Abgeordnete aus den EU-Mitgliedstaaten regelmäßig auch mit russischen Abgeordneten zusammen gekommen sind. Nach dem russischen militärischen Angriff auf die Ukraine hat die BSPC als eine der ersten interparlamentarischen Konferenzen die russischen Parlamentarier-Delegationen von der gemeinsamen Arbeit ausgeschlossen. Zahlreiche weitere multilaterale Institutionen hatten sich an dieser Entscheidung orientiert. In einem informellen Treffen der Delegationsleiter außer russischer Delegation hatten wir Entscheidungen bzgl. weiterer Arbeit der BSPC in den neuen Umständen getroffen.

Die derzeitige Präsidentschaft der Ostseeparlamentarierkonferenz liegt beim schwedischen Parlament. Im Juni 2022 wird dann der Deutsche Bundestag die Präsidentschaft übernehmen. Im Juni werde ich als Delegationsleiter des Bundestags deshalb ein Jahr lang als Präsident an die Spitze der gesamten Ostseeparlamentarierversammlung rücken.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz, Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie wurde 1991 auf Initiative des damaligen finnischen Parlamentspräsidenten gegründet mit dem Ziel, eine engere Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten zu fördern. Sie hat immer wieder thematische Schwerpunkte setzen können, die weit über die Ostsee-Region hinaus zu wichtigen politischen Weichenstellungen beitrugen.

DISKUSSIONEN ZUM KRIEG IN DER UKRAINE

Der Krieg Putins gegen die Ukraine dauert mittlerweile fast ein Monat. Das ist ein Verbrechen und eine Katastrophe, die wir in Europa für nicht mehr möglich gehalten haben. Auch bedeutet es einen kompletten Wandel unserer Sicherheits – und Verteidigungspolitik, unseres Energiemarkts, unserer Europapolitik und Wirtschaft. Wir müssen viele Entscheidungen treffen, die alles andere außer leicht sind.

Eins ist wichtig: Wir müssen alles dafür tun, um der Ukraine in dieser dramatischen Situation zu helfen. Das ist unsere Verantwortung, der wir nachkommen.

Seit Beginn des Krieges haben wir weitreichende Sanktionen verhängt. Die russische Wirtschaft ist hart getroffen. Der Rubel hat 40 Prozent seines Wertes verloren. Massive Inflation (20%) wird prognostiziert. Russische Staatsanleihen werden zu Ramschpreisen gehandelt. Westliche Unternehmen haben sich in großer Zahl aus Russland zurückgezogen. Selbst die russischen Währungsreserven sind mit Sanktionen belegt. Formal wurde dadurch die Hälfte der 630-Milliarden-Dollar-Kriegskasse eingefroren.
Wir liefern nun auch Waffen an die ukrainische Armee. Das war lange ein Tabu, weil wir keine Eskalation wollten. Die Situation hat sich dramatisch verändert. NATO kann sich nicht direkt einmischen, weil es zum Dritten Weltkrieg führen würde. Die ukrainische Armee aufzurüsten ist aber unsere Pflicht.

Mehr als drei Millionen Menschen haben seit Beginn des Krieges die Ukraine verlassen. Es liegt in unserer Verantwortung sie aufzunehmen und ihnen zu helfen. Dabei haben unsere Nachbarn aus Polen, Tschechien, aus der Slowakei und Moldau bereits sehr viele Menschen aufgenommen. Das ist ein Zeichen großer europäischer Solidarität und wir sollten unseren fairen Beitrag dazu leisten.

Es gibt aber viele Fragen, die wir noch lösen müssen. Unter anderem sind es Fragen nach den weiteren Sanktionen, nach einem möglichen Erdöl– und Gasembargo aus Russland, nach bestimmten Waffen, die die ukrainische Armee braucht etc. Zu allen diesen Fragen gibt es viel Diskussionsbedarf. Als Berichterstatter für die Ukraine habe ich in den letzten Wochen an vielen Podiumsdiskussion, Live Talks und Sitzungen teilgenommen. Unter anderem haben wir uns mit meiner Fraktionskollegin Jasmina Hostert und dem Kollegen Timon Gremmels öffentliche Diskussionen dazu geführt. Auch habe ich bei der Podiumsdiskussion bei der Initiative Quorum die Position der Bundesregierung dazu vertreten.

In den öffentlichen Diskussionen werden Ideen und Positionen zum Ausdruck gebracht, die dann bei den politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Deswegen ist es so wichtig, dass man im Gespräch bleibt.

Heizkostenzuschuss für Menschen mit niedrigen Einkommen

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. Um diese Belastungen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden, beschließen wir in dieser Woche einen einmaligen Heizkostenzuschuss. Einen entsprechenden Gesetzentwurf von SPD, Grüne und FDP beraten wir abschließend in 2./3. Lesung. Neben 710.000 Wohngeld beziehenden Haushalten (rund 1,6 Millionen Personen) sollen auch rund 370.000 BAföG-Bezieherinnen– und Bezieher und rund 75.000 AufstiegsBafög-Empfänger:innen sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen, diesen Zuschuss erhalten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nun für alle automatisch, dafür hatten wir uns in den Beratungen stark gemacht. Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für eine Erhöhung des Zuschusses ein, um die steigenden Preise besser abzufedern.

Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2021

Im aktuellen Medien- und Kommunikationsbericht informiert die Bundesregierung über ihre medienpolitischen Leitlinien. Unter anderem geht der Bericht der Frage nach, wie Anreize zur Entstehung sogenannter kooperativer Medienplattformen gesetzt werden können. Das Bundeskabinett hat den Medienbericht bereits im Juni 2021 beschlossen, nun startet die Beratung.

Der Bedeutungszuwachs digitaler Plattformen, insbesondere von marktdominieren-den Plattformen wie Google, Facebook, Twitter etc., hat einen gesellschaftlichen Wandel eingeläutet, der auch das traditionelle Mediensystem vor große Herausforderungen stellt.

Eine Entwicklung, der neue kooperative Medienplattformen entgegenwirken könnten. Gemeint sind damit Plattformen, die digitale Fernseh-, Radio- und/oder Printangebote miteinander verknüpfen und ihnen dadurch zu größerer Sichtbarkeit im Netz verhelfen.

Allerdings gibt es solche Plattformen bisher kaum. Inwiefern der Bund ihre Entstehung durch staatliche Anreize fördern könnte, ist eine der Fragen, denen der aktuelle Medienbericht nachgeht.

Der Bericht ist eine wichtige Grundlage für die medienpolitischen Vorhaben der 20. Legislatur: Ziel ist die Schaffung eines adäquaten Rechtsrahmens, der Medien-akteuren die Zusammenarbeit auch auf neuen kooperativen Medienplattformen ermöglicht. Dafür läuft die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Spürbare Entlastung durch vorzeitige Absenkung der EEG-Umlage

In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise auf den Großhandelsmärkten sehr stark angestiegen. Dies bedeutet höhere Strompreise für viele Letztverbrau-cher:innen wie Privathaushalte und Unternehmen. In 2022 machten ca. 40 Prozent des Strompreises Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Davon entfallen rund 11 Pro-zent auf die EEG-Umlage. Wir wollen Verbraucher:innen und Unternehmen vor hohen Energiepreisen schützen. Deshalb bringen die Regierungskoalitionen in dieser Woche einen Gesetzentwurf ein, der die vorzeitige Absenkung der EEG-Umlage von 3,723 Cent/kWh auf null zum 1. Juli 2022 vorsieht. Strom beziehende Unternehmen und Verbraucher:innen sollen am Ende auch wirklich von der Absenkung profitieren. Deshalb wird bei Neuverträgen die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2022 nicht mehr preisbildend berücksichtigt. In bestehenden Verträgen ist die Absenkung – unabhängig von vertraglich festgelegten Preisänderungsrechten und Preisgarantien – an die Letztverbraucher:innen weiterzugeben.

Zudem erhöhen wir die Transparenz: Stromlieferanten werden künftig dazu verpflichtet, den Betrag, um den sich die Stromrechnung durch die gesenkte EEG-Umlage gemindert hat, in der nächsten Rechnung gesondert auszuweisen.

Die Einnahmeausfälle für Übertragungsnetzbetreiber werden mit rund 6,6 Milliarden Euro durch den Energie- und Klimafonds (EKF) beglichen.

Den Frieden in Südsudan aufrechterhalten

Auch mehr als zehn Jahre nach der Unabhängigkeit bleibt Südsudan auf die Unter-stützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Zwar haben sich die Bürgerkriegsparteien im September 2018 auf ein Friedensabkommen und im Februar 2020 auf die Bildung einer Übergangsregierung geeinigt. Die Sicherheitslage im Land bleibt jedoch aufgrund von ethnischen Konflikten und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung weiterhin fragil. Zudem sind von den rund zwölf Millionen Einwohner:innen des Landes mehr als acht Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die Mission der Vereinten Nationen im Südsudan „UNMISS“ (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) nimmt deshalb weiterhin eine Schlüsselrolle ein. Sie zielt darauf ab, die Zivilbevölkerung zu schützen, den Frieden nachhaltig zu sichern und den Weg freizumachen für Wahlen in 2023. Deutschland leistet dafür einen wichtigen Beitrag, der international hohe Wertschätzung erfährt. Die Bundeswehr stellt Beratungs-, Verbindungs- und Beobachtungsoffiziere sowie Personal in Führungsstäben der Mission bereit und ist aktuell mit elf Soldat:innen vertreten. Die Truppenobergrenze liegt weiterhin bei 50 Soldat:innen. Mit einem Antrag der Bundesregierung soll das Mandat, das künftig regelmäßig evaluiert wird, bis zum 31. März 2023 verlängert werden.

100 TAGE AMPELKOALITION

Mehr Fortschritt wagen – mit diesem Ziel haben wir uns als Ampel-Koalition auf einen ambitionierten Koalitionsvertrag verständigt und ein Bündnis für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Freiheit gebildet. Gemeinsam werden wir die ökologische Transformation in Deutschland sozial gerecht gestalten, den Kampf gegen den Klimawandel verstärken und die Rahmenbedingungen für unsere moderne Gesellschaft verbessern. Vieles haben wir bereits erreicht: 12 Euro Mindestlohn werden ab Oktober 2022 Gesetz, Haushalte mit geringem Einkommen werden bei Heizkosten entlastet und für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir wichtige Weichen gestellt.

Doch neben den enormen Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel und die Pandemie stellen, sind wir zudem durch den Überfall Putins auf die Ukraine mitten in Europa mit einem Krieg konfrontiert. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg markiert eine Zeitenwende. Putin hat damit die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung, die seit dem Ende des Kalten Krieges über 30 Jahre lang Bestand hatte, mutwillig zerstört. Dem ukrainischen Volk gilt unsere volle Solidarität und Unterstützung. Die Ampel-Koalition hat deshalb entschieden, die Ukraine im Rahmen ihres Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der VN-Charta auch mit Waffen und militärischen Ausrüstungsgütern zu unterstützen sowie mehr Geld für humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnerinnen und Partner haben wir mit schärfsten Sanktionen reagiert. Diese zielen vor allem auf Putin selbst, die russische Wirtschaft und die politische Elite – und die Sanktionen zeigen bereits Wirkung. Zugleich arbeitet die Bundesregierung mit Nachdruck daran, Gesprächskanäle offen zu halten und Verhandlungslösungen zu ermöglichen. Bundeskanzler Scholz hat seit Kriegsbeginn bereits mehrfach mit dem russischen Präsidenten telefoniert und ihn zum Stopp der militärischen Aggression gegen die Ukraine aufgefordert.

Mit dem Nachtragshaushalt und in den Beratungen zum Haushalt 2022 wird deutlich: Wir werden weiter in wichtige Bereiche investieren und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Sondervermögen für eine gut ausgestattete Bundeswehr

Das Sondervermögen für die Bundeswehr schafft Raum für dringend nötige Investitionen in die Fähigkeiten für Sicherheit und Verteidigung und für eine bestmögliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten. Wir sichern damit die Zukunft unserer Bündnis- und Landesverteidigung.

Gleichzeitig lagern wir das Sondervermögen aus und greifen den Kernhaushalt nicht an, sodass weiter ausreichende Mittel für die innere und soziale Sicherheit zur Verfügung stehen. Sei es bei uns wichtigen Themen wie der Kindergrundsicherung, der Stabilisierung der Renten und den notwendigen

Entlastungen wegen hoher Energiepreise

Die hohen Energiepreise bereiten vielen Bürgerinnen und Bürger weiterhin große Sorgen. Putins Krieg in der Ukraine lässt sie noch weiter ansteigen. Vor allem Geringverdienerinnen und Geringverdiener haben mit den hohen Kosten zu kämpfen. Wir sagen ganz deutlich: Heizen, Strom und Mobilität müssen für jeden bezahlbar sein. Deshalb haben wir schon frühzeitig auf die hohen Energiepreise reagiert und ein Entlastungspaket vereinbart, mit dem wir den Bürgerinnen und Bürger spürbar unter die Arme greifen. Dazu gehört ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen– und Empfänger, Bezieherinnen und Bezieher von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe. Wir haben diesen für Ein-Personen-Haushalte nun auf 270 Euro verdoppelt. Außerdem schaffen wir die EEG-Umlage bereits zum 1. Juli 2022 ab. Zudem erhöhen wir die Pendlerpauschale und entlasten damit Fernpendlerinnen und Fernpendler im ländlichen Raum. Zu den steuerlichen Entlastungen gehören auch eine Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags bei den Werbungskosten und des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer.

Zudem werden wir einen einmaligen Zuschuss von 100 Euro an Menschen ausbezahlen, die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme erhalten. Damit federn wir die steigenden Energiekosten und die pandemiebedingten Mehrausgaben ein Stück weit ab. Wir haben auch die Mieterinnen und Mieter im Blick. Künftig sollen sie nicht mehr als die Hälfte der Kosten für den CO_2-Preis beim Heizen zahlen. Zugleich schaffen wir Anreize, damit Vermieterinnen und Vermieter in die energetische Sanierung von Gebäuden investieren.

Hohen Gaspreisen wollen wir künftig besser entgegenwirken und eine stabile Gasversorgung gewährleisten. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die Betreiberinnen und Betreiber von Gasspeichern zur regelmäßigen Befüllung verpflichten soll.

Klar ist jedoch auch – weitere Maßnahmen müssen folgen. Darüber beraten wir derzeit intensiv.

Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise bewährt und Millionen Arbeitsplätze gerettet. Da einige Branchen noch immer durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus` betroffen sind, verlängern wir das Kurzarbeitergeld bis zum Sommer. Es gelten weiterhin die höheren Sätze, damit Geringverdienerinnen und Geringverdiener gut durch die Krise kommen.

Sicher und fair durch die Pandemie

Die Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen vor allem während der Pandemie muss sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen. Deshalb haben wir einen Pflegebonus für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen auf den Weg gebracht.

Vulnerable und ältere Menschen müssen vor dem Corona-Virus geschützt werden, denn ihr Risiko für einen schweren Verlauf ist sehr hoch. Deshalb haben wir das Infektionsschutzgesetz überarbeitet und eine Impfpflicht für Mitarbeitende in Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen eingeführt. So kann das Ansteckungsrisiko gesenkt und die Impflücke ein Stück weit geschlossen werden.

Entlastungen für Familien

Die hohen Energiepreise treffen vor allem sozial benachteiligte Familien. Sie haben es oft schwer, finanziell über die Runden zu kommen. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, werden wir deshalb eine Kindergrundsicherung einführen. Bis diese umgesetzt ist, erhalten Kinder aus ärmeren Familien einen Sofortzuschlag Höhe von 20 Euro monatlich.

Ab 2026 erhalten Grundschüler:innen stufenweise einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Wir haben dafür gesorgt, dass die Länder mehr Zeit für die Beantragung von Bundesmitteln erhalten. Zudem haben wir die Beantragung vereinfacht.

Kampf gegen Rechts

Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie – mit seinen mörderischen Anschlägen in Halle und Hanau, auf Walter Lübcke und den Terrortaten des NSU. Diese Gefahr wurde von viel zu vielen jahrelang verharmlost. Mit einem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus wollen wir den Nährboden für extremistische Gewalt austrocknen.

Wir streichen § 219a ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch!

Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode passen wir den Rechtsstaat an unsere fortschrittliche und vielfältige Gesellschaft an. Mit der Streichung des Paragraphen 219a StGB schaffen wir ein Relikt aus der Kaiserzeit ab. Künftig können Ärztinnen und Ärzte über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen, und Frauen haben freien Zugang zu medizinischen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche.

Wir reformieren das Wahlrecht und modernisieren die Parlamentsarbeit

Wir haben eine Kommission eingesetzt, um unser Wahlrecht zu reformieren und die Parlamentsarbeit zu modernisieren. Sie befasst sich mit Vorschlägen, die eine effektive Verkleinerung des Bundestages in Richtung der gesetzlichen Regelgröße von 598 Mandaten bewirken und nachhaltig das Anwachsen des Bundestages verhindern. Sie soll außerdem Maßnahmen empfehlen, um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Deutschen Bundestag zu erreichen.

Investieren in Klimaschutz und Transformation

Unser Ziel ist, die ökologische Transformation voranzutreiben und Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad von Paris zu bringen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb auf ambitionierte Ziele verständigt – und die Ampelkoalition hat bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir machen unseren Stromsektor bis 2035 treibhausgasneutral und beschleunigen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierzu vereinfachen wir das Planungs- und Genehmigungsrecht und erhöhen die Ausschreibungsmengen für Wind-an-Land, Wind-auf-See und Solarenergie.

Wir sorgen für Gute Arbeit

Jede Arbeit verdient Respekt. Egal ob Friseur, Floristin oder Kellner: Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer verdient Respekt für das, was sie leisten. Der gesetzliche Mindestlohn wird deshalb noch in diesem Jahr auf 12 Euro pro Stunde steigen. Besonders Frauen und Ostdeutsche profitieren von der Erhöhung.

STATEMENT ZUM EQUAL PAY DAY AM 7. MÄRZ 2022

Der Equal Pay Day erinnert an die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern. Frauen verdienen im Schnitt immer noch deutlich weniger als Männer - auch wenn sie gleich qualifiziert sind. Noch ist die Gleichstellung von Frauen und Männern keine Selbstverständlichkeit. Das hat auch die Corona-Pandemie gezeigt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in einer Gesellschaft leben, in der Frauen und Männer frei über ihre individuellen Möglichkeiten entscheiden können – und das in allen Lebensbereichen und -lagen. Damit sich das ändert, nehmen wir uns in der Ampel-Koalition viel vor. Unsere Ziele:

- Lohngleichheit für Frauen und Männer: Damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit Realität wird, braucht es vor allem das Recht auf Entgelttransparenz. Denn nur wenn Entgeltdiskriminierung aufgedeckt wird, kann sie auch beseitigt werden. In Deutschland gilt deshalb seit Juli 2017 das Entgelttransparenzgesetz. Danach können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten das eigene Gehalt mit dem Gehalt von Kolleginnen und Kollegen (in entsprechender Tätigkeit) vergleichen lassen. Erfahrungen mit dem Gesetz zeigen, dass hier nachgebessert werden muss.

Wir werden das Entgelttransparenzgesetz um die sog. Prozessstandschaft erweitern. So müssten Beschäftigte ihre Recht nicht mehr selbst geltend machen, sondern könnten sich dafür auch an Verbände wenden. Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Aufwertung sozialer Berufe trägt ebenfalls zur Schließung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke bei.
- 12 Euro Mindestlohn schon ab Oktober 2022: Der neue Mindestlohn ist eine der größten Lohnerhöhungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Etwa ein Drittel der beschäftigten Frauen werden von der Lohnerhöhung profitieren.
- Aufwertung sozialer Berufe: Es sind überwiegend Frauen, die soziale Berufe ausüben. Nicht nur in Pandemiezeiten sind diese Berufe von größter gesellschaftlicher Relevanz. Faire Arbeitsbedingungen müssen hier selbstverständlich sein. Deshalb verbessern wir die Löhne. Und machen den Pflegeberuf attraktiver, indem wir Zuschläge von der Steuer befreien, eine verbindliche Personalbemessung in Krankenhäusern einführen, geteilte Dienste abschaffen und für familienfreundliche Arbeitszeiten sorgen.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva